


Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz
und nukleare Sicherheit
Stresemannstraße 128-130
10117 Berlin

youpan

Stiftung Bildung
Palais am Festungsgraben
Am Festungsgraben 1
10117 Berlin

youbox@stiftungbildung.org
+49 (0) 30 577 010 774
+49 (0) 157 924 579 29
www.youpan.de

Betreff Stellungnahme des youpan zum Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,
hiermit bezieht das youpan Stellung zu dem Referentenentwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes:

1. Wir kritisieren, dass der Gesetzesentwurf nicht darauf abzielt, das vom IPCC empfohlene 1,5°C-Ziel zu erreichen. Es wurde bereits durch wissenschaftliche Studien nachgewiesen, dass mit der von Ihnen angestrebten Reduktion des CO₂-Ausstoßes dieses Ziel verfehlt werden wird (siehe u.a. Kobiela et al., *CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5-°C-Grenze*).
2. Wir kritisieren die in Anlage 2 und 3 des Gesetzes angeführten Reduktionsziele, da diese auf eine lineare Reduzierung des CO₂-Ausstoßes zielen. Nötig wäre dabei aktuell eine starke, anfängliche Reduktion, da dies die Folgen des Klimawandels effektiver zu begrenzen vermag, das Risiko für kommende Generationen senkt und darüber hinaus die

youpan Mitglieder

Alischa Nangpal
Amelie Paassen
Annalena Di Carlo
Atay Küçükler
Christopher Zentgraf
Clara Lauer
Corinna Arnold
Dominika Filipczak
Emily Stief
Fabian Ernstberger
Finn Siebold
Gabriela Grobarčíková
Hannah Böttcher
Inga Thao My Bui
Jeanine Marie Rühle
Kenny-Lee Richter
Laura Rupenow
Lea Potrafke
Lukas Zimmermann
Marcel Kupfer
Martin Hagemeyer
Mmametsi Claus
Nicolas Klasen
Paula Heller
Ronja Hallerbach
Sagithjan Surendra
Sanae Bouyoumad
Simon Gottowik
Tatjana Bonnet
Vincent Lohkamp

Flexibilität in der Endphase der Erreichung der Klimaneutralität erhöht.

3. Wir sehen die im Gesetzesentwurf vorgesehene Stärkung des Expert*innenrates nicht als ausreichend an, um effektiv eine wissenschaftliche Perspektive zum Klimaschutz in die Arbeit der Regierung zu bringen. Darüber hinaus fordern wir eine Beteiligung von Jugendlichen am Expert*innenrat sowie eine insgesamt vielfältigere Besetzung dieses Gremiums, um die Interessen der jungen Generation in Klimafragen angemessen zu berücksichtigen.
4. Wir kritisieren die im Gesetz nicht vorhandenen Reduktionsziele in der Energiewirtschaft. Die Reduktionsziele sollten einheitlich in einem Gesetz geregelt sein, um Zerfaserung und Undurchsichtigkeit des Rechts zu vermeiden.
5. Wir kritisieren den Zeitpunkt der Vorlage des Gesetzesentwurfs. Die Bundesregierung hatte bereits ausreichend Zeit, ein effektives Klimaschutzgesetz zu beschließen, unterließ dies jedoch. Dass nun auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts reagiert werden muss, halten wir für problematisch. Dabei werden mit dem neuen Klimaschutzgesetz die im Pariser Abkommen festgelegten Ziele ebenso nicht erreicht.





GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

